

Grundsätzliche Bedingungen und Auflagen bei Bauarbeiten **aller Arten im Gemeindegebiet Mainhausen:** **z. B. bei Ver/Entsorgungsanlagen, Um/Neubau, Abbruch privater Bauherren, usw.**

MERKBLATT

Anlage 2

1. Geltungsbereiche:

1.a) Diese Merkblatt gilt für alle Arbeiten im Bereich von Ver- und Entsorgungsanlagen z. B.: Gas, Wasser, Strom, Telekommunikation (Telekom, Unitymedia, Glasfaserkabel, usw), Fern/Nahwärme, Kanal, öffentliche Verkehrsflächen usw. und werden vom Antragssteller sowie der ausführenden Bauunternehmen anerkannt. Gesondert Vorgaben, Auflagen oder, Vorschriften der einzelnen Ver/Entsorgungsunternehmen werden hiervon nicht berührt und sind zu beachten.

1.b) Dieses Merkblatt gilt für alle Bereiche, hinsichtlich den öffentlichen Verkehrsflächen (Gehweg/Straße) wo hier in Anspruch genommen werden oder diese während der Bautätigkeit tangieren. Dies gilt für allen Bautätigkeiten auf öffentlichen und privaten Grundstücken, z. B. Lagerflächen für Baumaterialien, Kranstellung, Silostellung, Containerstellung, Lastenaufzug, Kabelbrücken aller Arten, Ampelstellungen, Überfahrt des Gehweges zur Baustellenandienung sowie bei Bautätigkeiten aller Arten.

Dieses Merkblatt ist durch Unterschrift vom Antragssteller / Konzessionsträger / ausführenden Baufirma oder weitere beteiligte Dritte gegenzuzeichnen und mit der Baubeginnanzeige mindestens 7 Tage vorher beim Fachbereich Bau 1, Tiefbau in schriftlicher Form einzureichen.

Hinsichtlich sofortiger Störungsbeseitigung der Ver/Entsorgungsunternehmen ist dies im Nachgang umgehend der Gemeinde zu melden, sonst wie beschrieben.

Sollte das unter Punkt 1.a) und 1.b) beschriebene nicht erfolgen ist die Gemeinde Mainhausen als Straßenbaulastträger der öffentlichen Flächen sowie Genehmigungsbehörde hier berechtigt die Einstellung der Baumaßnahme anzuordnen. Die daraus resultierenden Kosten und Aufwendungen gehen alleinig zu Lasten des Verursacher/Antragsstellers.

2. Allgemeine Pflichten des Bauunternehmers

2. a) Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung ihm übertragener Bauarbeiten in öffentlichen und privaten Grundstücken mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Ver/Entsorgungsanlagen zu rechnen und die erforderliche Sorgfalt zu wahren, um deren Beschädigung zu verhindern. Er hat seine Mitarbeiter und Subunternehmen entsprechend zu unterweisen und zu überwachen. Die Anwesenheit eines Beauftragten des Ver/Entsorgungsunternehmens auf einer Baustelle entbindet den Bauunternehmer oder seinen Beauftragten nicht von der Verantwortung für angerichtete Schäden an Ver/Entsorgungsanlagen. Im Bereich von Ver/Entsorgungsanlagen ist so zu arbeiten, dass der Bestand und die Betriebssicherheit der Anlagen bei und nach Ausführung der Arbeiten gewährleistet bleiben.

2. b) Das gleiche gilt für Bautätigkeiten aller weiteren Arten (z. B. private Bauherren bei Neu und Umbau, Abbrucharbeiten, Hofbefestigungsarbeiten, usw.) wo die öffentlichen Verkehrsflächen in Anspruch genommen werden, sei es durch Lagerung von Materialien auf Straße und Gehweg, Kranstellung oder durch Überfahren der Gehwege zur Baustellenandienung. Für entstanden Schäden haftet der Verursacher/Antragssteller im vollen Umfang sowie den entstanden außerverwaltungstechnischen Aufwendungen der Gemeinde.

Vor Beginn der Baumaßnahme, ist ein gemeinsames Beweissicherungsverfahren mit der Gemeinde durch Bilddokumentation zu beantragen, sowie hat dies gemeinsam zu erfolgen. Sollte dies nicht der Fall sein geht die Beweislast auf den Antragssteller/Verursacher über.

2. c) Der Antragssteller hat rechtzeitig vor Baubeginn einen „**Antrag auf Verkehrsbeschränkung**“ zu stellen bei der: **Gemeinde Mainhausen als Straßenverkehrsbehörde, Rheinstraße 3 ,63533 Mainhausen**, Fernruf (06182) 8900-0, Telefax (06182) 8900-40, c.baier@mainhausen.de,
Ansprechpartner: Frau Baier Durchwahl - 72 oder bei Abwesenheit von Frau Baier ordnungsamt@mainhausen.de

3. Erkundigungspflicht vor Beginn der Bautätigkeiten

Im Hinblick auf die Erkundigungs- und Sicherungspflicht von Bauunternehmen bei der Durchführung von Bauarbeiten ist rechtzeitig vor Baubeginn der Arbeiten bei den Betriebsstellen der zuständigen Ver/Entsorgungsunternehmens eine aktuelle Auskunft über die Lage und Tiefe der im Bau- bzw.

Aufgrabungsbereich liegenden Versorgungsanlagen einzuholen. **DIE LAGE DER LEITUNGEN KANN VON DEN LAGEPLÄNEN DER VER/ENTSORGUNGSBETREIBER JEDOCH ABWEICHEN.** Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Planungsunterlagen neuesten Standes auf der Baustelle vorliegen. Bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages muss eine erneute Erkundigung eingeholt werden sowie diese vor Ort vorliegen.

4. Lage von Ver/Entsorgungsanlagen

Die Ver/Entsorgungsunternehmen geben in der Regel hinreichend genaue Auskünfte über Lage und Tiefe ihrer im Baubereich vorhandenen Versorgungsanlagen, soweit dies anhand von Bestandsplänen möglich ist. Lage und/oder Tiefe der Versorgungsanlagen können sich durch Bodenabtragungen, -aufschüttungen, -bewegungen oder durch andere Maßnahmen Dritter nach der Verlegung und Einmessung verändert haben. Deshalb hat das Bauunternehmen die Pflicht, sich über die tatsächliche Lage und/oder Tiefe der angegebenen Ver/Entsorgungsanlage durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen, z.B. Ortung, Querschläge, Suchschlitze o. ä., selbst Gewissheit zu verschaffen.

5. Baubeginn Anzeige bei Ver/Entsorgungsunternehmen

Vor Aufnahme von Arbeiten im Bereich von Ver/Entsorgungsanlagen muss dem jeweiligen Ver/Entsorgungsunternehmen z. B.: Gas, Wasser, Strom, Telekommunikation (Telekom, Unitymedia, usw), Fern/Nahwärme, Straßenbaulastträger, usw. der Beginn der Bauarbeiten rechtzeitig, d.h. etwa **zwei Wochen** vor Baubeginn, angezeigt werden. Allein das Einholen von Informationen und Plänen nach Abschnitt 3 und 4 gilt noch nicht als Anzeige.

5.1 Baubeginn Anzeige bei Bautätigkeiten aller anderen Arten

Vor Aufnahme der Bautätigkeiten z. B. Neu und Umbau, Abbrucharbeiten, Hofbefestigungen, usw. wo hier öffentlichen Verkehrsflächen in Anspruch genommen werden, diese tangieren oder eingeschränkt werden, ist der Beginn der Bauarbeiten rechtzeitig, d.h. etwa **zwei Wochen** vor Baubeginn anzuzeigen. Allein das Einholen von Informationen und Plänen nach Abschnitt 3 und 4 gilt noch nicht als Anzeige.

5.2. Baubeginn Anzeige beim Straßenbaulastträger, hier Gemeinde Mainhausen

Vor Aufnahme der genannten Arbeiten unter Punkt 5. und 5.1, haben Sie sich beim Straßenbaulastträger, hier die Gemeinde Mainhausen, Fachbereich Bau 1, Tiefbau (Hr. Pfannmüller 06182-890021 oder Hr. Gesell 06182-890027) mindestens **14 Tage** vorher in Verbindung zu setzen sowie haben Sie den **Baubeginn** mindestens **7 Tage** vorher als **Baubeginnanzeige** in **schriftlicher Form** dem Fachbereich Bau 1, Tiefbau zuzusenden. Allein das Einholen von Informationen und Plänen nach Abschnitt 3 und 4 gilt noch nicht als Baubeginnanzeige.

6. Fachkundige Aufsicht / Unfallverhütungsvorschriften

Die Bauarbeiten im Bereich von Ver/Entsorgungsanlagen dürfen nur unter fachkundiger Aufsicht durchgeführt werden. Die vom Ver/Entsorgungsunternehmen dem Bauunternehmen erteilten Auflagen müssen eingehalten werden. Alle Einbauten z.B.: Armaturen, Straßenkappen, Schachtdeckel, Einläufe und sonstige zur Ver/Entsorgungsanlage gehörende Einrichtungen müssen während der Bauzeit zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere

Markierungen dürfen ohne Zustimmung des Ver/Entsorgungsunternehmens oder des Straßenbaulastträgers nicht verdeckt, nicht versetzt oder entfernt werden. Die Unfallverhütungsvorschriften sowie der Bauberufsgenossenschaften sind einzuhalten.

7. Maschinelle Arbeiten

Im Bereich von Ver/Entsorgungsanlagen oder öffentlichen Verkehrsflächen dürfen Baumaschinen nur so eingesetzt werden, dass die Gefährdung der Versorgungsanlagen sowie der öffentlichen Verkehrsflächen ausgeschlossen ist. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen, die mit dem Ver/Entsorgungsunternehmen oder Straßenbaulastträger abzustimmen sind, zu treffen. Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen oder Spundwänden, Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen u. ä. sind ebenfalls mit dem Ver/Entsorgungsunternehmen sowie dem Straßenbaulastträger abzustimmen. Sollte sich die Baumaßnahme im Bereich einer Wasserschutzzone I, II oder III, befinden, sind hier die geltenden Vorschriften anzuwenden, hinsichtlich Auflagen, Geräte und Baustoffe sowie die Vorgaben der „Unteren Wasserschutzbehörde“ sowie deren angegliederten Behörden.

8. Freilegen von Ver/Entsorgungsanlagen

Ver/Entsorgungsanlagen sind vorsichtig und mit Bedacht freizulegen. Diese sollten/dürfen nur durch Handschachtung freigelegt werden. Freigelegte Leitungen sind vor jeglicher Beschädigung (auch einfrieren) zu schützen und gegen Lageveränderungen fachgerecht zu sichern, Widerlager dürfen nicht hinter graben oder freigelegt werden. Werden Ver/Entsorgungsanlagen oder Warnbänder an Stellen, die vom Versorgungsunternehmen nicht genannt worden sind, angetroffen bzw. freigelegt, so ist der Betreiber der Ver/Entsorgungsanlage unverzüglich zu ermitteln und zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich zu unterbrechen, bis mit dem Versorgungsunternehmen Einvernehmen über das weitere Vorgehen hergestellt ist.

9. Maßnahmen bei Beschädigungen

Jede Beschädigung einer Ver/Entsorgungsanlage ist dem zuständigen Ver/Entsorgungsunternehmen unverzüglich zu melden. Ist die Rohrumhüllung oder Kabelisolierung beschädigt worden, so darf die Verfüllung erst nach Instandsetzung und mit Zustimmung des Ver/Entsorgungsunternehmens erfolgen. Das gleiche gilt bei Beschädigungen an den öffentlichen Verkehrsflächen, dies ist dem Straßenbaulastträger, hier die Gemeinde Mainhausen umgehend zu melden.

10. Maßnahmen bei Austritt des Rohrleitungsinhaltes und Kabelschäden (Strom).

Wenn eine Rohrleitung so beschädigt worden ist, dass der Inhalt austritt, sind sofort Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

Gas

- Bei ausströmenden Gas besteht die Zündgefahr; Funkenbildung vermeiden, nicht rauchen, kein Feuer anzünden. Angrenzende Gebäude auf Gaseintritt prüfen, falls Gas eingetreten ist, Türen und Fenster öffnen. Keine elektrischen Anlagen bedienen. - Sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen

Wasser/Kanal/Druckleitungen

- Bei ausströmendem Wasser besteht die Gefahr der Ausspülung und Unterspülung sowie der Überflutung oder Verunreinigung des Untergrundes. Deshalb tiefliegende Räume und Baugruben erforderlichenfalls von Personen räumen.

Strom

- Bei Schäden oder beschädigten Stromkabel besteht die Gefahr von Strom/Funkenschlägen und Brandgefahr.
- Vorsicht Strom wird weitergeleitet, das Umfeld ist auch davon betroffen.
- Wenn bekannt und möglich die entsprechende Stromquelle ausschalten.

Allgemeines

- Gefahrenbereich räumen und weiträumig absichern.
- Schadenstelle absperren und Zutritt unbefugter Personen verhindern.
- Das zuständige Ver/Entsorgungsunternehmen unverzüglich benachrichtigen.
- Erforderlichenfalls Polizei, Rettungsdienst und/oder Feuerwehr benachrichtigen.
- Weitere Maßnahmen mit dem Ver/Entsorgungsunternehmen und den zuständigen Dienststellen abstimmen. Wenn bekannt Leitung abschiebern oder Strom ausschalten.
- Das Personal darf die Baustelle nur mit Zustimmung des Ver/Entsorgungsunternehmens verlassen.

13. Verfüllen der Baugruben

Das Unterbauen und Eindecken von freigelegten Versorgungsanlagen ist mit dem Versorgungsunternehmen rechtzeitig abzustimmen. Das Ver/Auffüllen im Bereich von öffentlichen Verkehrsflächen hat nach der **neuesten** Fassung der RStO und ZTVA-StB sowie nach den aktuellen Regeln der Technik zu erfolgen. **Es ist verboten Recycling Materialien im Grabenbereich sowie in den öffentlichen Verkehrsflächen der Gemeinde Mainhausen einzubauen, egal welcher Art und Natur.** Auf verlangen kann die Gemeinde Mainhausen die entsprechenden Lieferscheine laut den gesetzlichen Vorschriften anfordern.

14. Abnahme/Gewährleistung

Private Bauherren (hier nur Kanalhausanschlussleitungen):

Die Gewährleistung beginnt erst nach erfolgter **Zwischenabnahme** (vor der Rohrüberdeckung mit Sand) sowie der **Bauendabnahme** der in Anspruch genommen öffentlichen Verkehrsflächen sowie der Übergabe von **Bestandsunterlagen**, die Verjährungsfrist richtet sich nach VOB Teil B, § 13, Absatz 4, Ziffer 1. Grundlage ist immer die VOB in aktuellster Fassung.

Konzessionsträger:

Z. B. Strom, Gas, Wasser, Telekommunikation, Nah/Fernwärme, Unitymedia, usw.

Hier ist der jeweilige Konzessionsvertrag maßgebend. Sollte hier nichts vereinbart sein, beginnt die Gewährleistung erst nach erfolgter Bauabnahme und richtet sich nach VOB Teil B, § 13, Absatz 4, Ziffer 1. in aktuellster Fassung. Alle Ver/Entsorgungsträgerbeträgt sind dazu **verpflichtet** der Gemeinde Mainhausen die **Baubeginnanzeige** sowie **Bauendanzeige** in **schriftlicher Form** dem Fachbereich Bau 1, Tiefbau zuzusenden.

Schäden an öffentlichen Verkehrsflächen durch Bautätigkeiten aller Arten:

Der Verursacher hat den Schaden fachgerecht oder nach Vorgaben des Straßenbaulastträgers zu beseitigen. Die Gewährleistung beginnt erst nach erfolgter Bauabnahme und richtet sich nach VOB Teil B, § 13, Absatz 4, Ziffer 1. Grundlage ist immer die VOB in aktuellster Fassung.

15. Übergabe von folgenden Bestandsunterlagen

Privater Bauherr (hier nur bei Kanalhausanschlussleitungen)

Der Antragssteller hat mit der Bauabnahme nachfolgende Aufmaße, Unterlagen und Bilder zu übergeben. (Im Bedarfsfall liegen Musteraufmaßblätter bei Fachbereich Bau 1, Tiefbau vor)

- Aufmaßblatt Revisionsschacht
- Aufmaßblatt vom Hauptsammler bis Revisionsschacht
- Bestandslageskizze mit genauen Einmessungen der Kanalhausanschlussleitung über feste Punkte
- 1 Bild nach Aushub
- 1 Bild vom Anschluss an den Hauptsammler,
- 1 Bild von verlegter Rohrleitung ohne Rohrüberdeckung (Sand)
- 1 Bild mit Rohrüberdeckung (Sand und Trassenband)
- 1 Bild nach Erdauffüllung des Grabens, vor Einbau des Straßenkörpers
- 1 Bild nach Fertigstellung der Oberfläche (Straße und Gehweg)

Die Übergabe weiterer Nachweise oder Unterlagen z. B. Verdichtungs- und Lieferscheinnachweis, usw. behält sich die Gemeinde vor.

Konzessionsträger:

Hier ist der jeweilige Konzessionsvertrag maßgebend. Sollte hier nichts vereinbart sein, hat der Ver/Entsorgungsträger die Leitungsverlegung entsprechend zu dokumentieren: Lagemäßig, höhenmäßig, verbautes Material, Stärke der verschiedenen Einbauschichten, Verdichtungsnachweise, Materialnachweise, Vermessung- und Einmessungen der Leitung über fix Punkte. Mit der Bauabnahme hat die Übergabe der Bestandsunterlagen zu erfolgen. Erst nach erfolgter Übergabe der Bestandsunterlagen gilt die Bauabnahme als erfolgt und beginnt die Gewährleistungsfrist.

16. Außerverwaltungstechnische Aufwendungen

Sollte der Antragssteller, Konzessionsträger, beauftragte Baufirma, privater Bauherr oder beteiligte Dritte die vorgenannten Punkte nicht einhalten, und die Gemeinde muss hier entsprechend einwirken, egal in welcher Form z. B. schriftlich, Ortstermine, Gespräche, Telefonate, E-Mails usw. ist die Gemeinde berechtigt sowie behält Sie sich dies vor, die daraus resultierenden Aufwendungen und Kosten nach der Verwaltungskostensatzung § 8 Gebührenbestände, Abs. (2), nach Zeitaufwand in Rechnung zu stellen.

17. Vorbehalt der Gemeinde Mainhausen

Die Gemeinde Mainhausen als Straßenbaulastträger sowie Genehmigungsbehörde behält sich das Recht vor weitere Auflagen zu bestimmen sowie gesonderte Nachweise, Prüfungen, Untersuchungen anzufordern. Ebenso ist Sie berechtigt hinsichtlich der Qualitätskontrolle und der Ausführung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen die den gültigen DIN Normen, Regelwerke sowie den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Hinsichtlich der Qualitätskontrolle behält sich die Gemeinde Mainhausen im Verdachtsfall vor, hier gesonderte Maßnahmen zu ergreifen, sollte diese sich bestätigen, trägt der Verursacher die Kosten im vollen Umfang.

18. Gehweg- und Fahrbahnaufbau zur Schließung von Werksaufbrüchen oder bei Beschädigung und Wiederherstellung der öffentlichen Verkehrsflächen gemäß ZTVA – StB

Gehweg in Pflasterbauweise

<u>Gehweg</u>	10 cm Betonpflaster 4 cm Splittbettung 0/3/5 mm <u>16 cm</u> Schottertragschicht 0/32	8 cm Betonpflaster 4 cm Splittbettung 0/3/5 mm <u>18 cm</u> Schottertragschicht 0/32	6 cm Betonpflaster 4 cm Splittbettung 0/3/5 mm <u>20 cm</u> Schottertragschicht 0/32
Gesamt:	30 cm	30 cm	30 cm

Gehwege die überfahrbar sind z. B. Hofzufahrten, Grundstückszufahrten, ausgewiesene Parkflächen, usw. ist die Schottertragschicht um jeweils **20 cm** zu erhöhen sowie ist Basalt oder Granitsplitt hier zu verwenden. Hier ist der Einbau von Kalksplitt verboten.

Es darf kein Splitt ohne Nullanteile in der Bettung verwendet werden. Die Pflasterfugen sind fachgerecht zu schließen (Sand) und auf Verlangen des Straßenbaulastträgers nach zu sanden.

Gehweg in Betonplattenbauweise

<u>Gehweg</u>	8 cm Betonplatten 4 cm Zementmörtelbett, MG. III <u>18 cm</u> Schottertragschicht 0/32	6 cm Betonplatten 4 cm Zementmörtelbett MG. III <u>20 cm</u> Schottertragschicht 0/32	4 cm Betonplatten 4 cm Zementmörtelbett MG. III <u>22 cm</u> Schottertragschicht 0/32
Gesamt:	30 cm	30 cm	30 cm

Gehwege die überfahrbar sind z. B. Hofzufahrten, Grundstückszufahrten, ausgewiesene Parkflächen, usw. ist die Schottertragschicht um jeweils **20 cm** zu erhöhen. Die Plattenfugen sind mit Zementmörtel zu schließen.

Fahrbahnen aus Betonpflaster bzw. Grundstückszufahrten

<u>Gehweg</u>	10 cm Betonpflaster 4 cm Splittbettung 0/3/5 mm <u>36 cm</u> Schottertragschicht 0/32	8 cm Betonpflaster 4 cm Splittbettung 0/3/5 mm <u>38 cm</u> Schottertragschicht 0/32	6 cm Betonpflaster 4 cm Splittbettung 0/3/5 mm <u>40 cm</u> Schottertragschicht 0/32
Gesamt:	50 cm	50 cm	50 cm

In Fahrbahnen und Überfahrten ist die Splittbettung in **Granit** oder **Basalt** auszuführen, hier ist Kalksplitt verboten.

Fahrbahnen aus Asphaltbetonbauweise (Nebenstraßen)

<u>Straße</u>	4 cm Asphaltbeton (AFB) 0/8 (sollte die Körnung kleiner sein ist dies auch so wieder herzustellen) 10 cm (od. 14 cm) Bitu-Tragschicht 0/32 mm <u>36 cm</u> (od. 32 cm) Schottertragschicht 0/32 oder 0/45
Gesamt:	50 cm

Fahrbahnen aus Asphaltbetonbauweise (Hauptverkehrsstraßen)

<u>Straße</u>	4 cm Asphaltbeton (AFB) 0/8 (sollte die Körnung kleiner sein ist dies auch wieder so herzustellen) 4 cm Binderschicht 0/16 mm 14 cm (od. 10 cm) Bitu-Tragschicht 0/32 mm <u>38 cm</u> (od. 42 cm) Schottertragschicht 0/32 oder 0/45
Gesamt:	60 cm

Bei Aufgrabungen der nachfolgenden Straßen (K185 = Mainflinger Str.; Zellhäuser Str.; Brüder-Grimm-Str.; Klein-Welzheimer Str.) und (L3065 = Babenhäuser Str.) ist der Straßenaufbau mit dem entsprechenden Straßenbaulastträger abzustimmen.

Die Aufbaudaten beziehen sich in Anlehnung an die RStO, Änderungen des Oberbaus können jederzeit durch den Straßenbaulastträger (Gemeinde Mainhausen, FB Bau 1, Tiefbau) angeordnet werden.

Unterschreitet der vorgefundene Aufbau deutlich die Regelbauweise, so ist die Wiederherstellung in Anlehnung der vorgenannten Regelquerschnitte herzustellen.

Überschreitet der vorgefundene Aufbau deutlich den der Regelbauweise, so ist dies wieder dem Altbestand anzugleichen. Im Bedarfsfall kann dies mit dem Straßenbaulastträger abgestimmt werden.

Bei Aufgrabungsarbeiten in den öffentlichen Verkehrsflächen wird das Untertunneln von Bordsteinen, Betonrinnen, 2 und 3 Zeiler, Gussasphaltrinnen usw. untersagt.

Sollten im Grabenbereich, hier Gussasphaltrinnen liegen, so sind diese wieder entsprechend dem Bestand anzugleichen.

Nach ZTVA hat der Rückschnitt der Asphaltflächen mind. 15 cm beidseitig zu erfolgen, bei Unterläufigkeit ist dies um das Maß der Unterläufigkeit zu verbreitern.

18.1 Anschlüsse (Fugen)

Zur Ausführung der Nahtbereiche gelten die Regelungen der ZTVA-STB neuste Fassung und für den Oberbau mit Asphalt ist darüber hinaus das Merkblatt für Schichtenverbund, Nähte, Anschlüsse und Randausbildungen von Verkehrsflächen aus Asphalt MSNAR zu beachten.

Bei Gussasphalt sind grundsätzlich die nachträglich gefrästen (geschnitten) Fugen mit Fugenvergussmasse zu vergießen

Bei Asphaltdeckschichten bestehen folgende Möglichkeiten:

- Vergießen nachträglich gefräster (geschnittener) Fugen mit Fugenvergussmasse.
- Verwendung von schmelzbaren Fugenband.

18.2 Einbauten in Pflasterflächen (Schachtdeckel, Hydranten, Schieber usw.)

Verwendung von Taria-Pflastersätzen (oder gleichwertiger Produkte) oder Umpflasterung mit Mosaik-Natursteinpflaster auf 10 cm Unterbeton und Fugen vermörteln.

19. Verbot der Entwässerung von privaten Flächen über die öffentlichen Verkehrsflächen (Gehweg/Straße) dies betrifft vorrangig private Bauherren.

Gemäß den gültigen Rechtsvorschriften, Merkblätter, Nachbarrecht, usw. müssen bauliche Anlagen so errichtet werden, dass kein auf dem Baugrundstück anfallendes Niederschlagswasser vom Baugrundstück auf öffentliche Verkehrsflächen geleitet wird. Hier sind entsprechende bauliche Anlagen z. B. Rinnen, Bircorinnen, Einläufe, usw. vorzusehen.

RÜCKGABE DER SEITE 8 AN DIE GEMEINDE MAINHAUSEN

Bestätigung

Hiermit werden die Seiten 1 - 7 sowie die vorgenannten Punkte 1. bis 19. im vollen Umfang anerkannt, sowie bestätigen wir dies durch **Unterschrift und Stempel**. Die Seite 8 ist mit Antragsstellung der verkehrsrechtlichen Anordnung bei der Ordnungsbehörde mit einzureichen, spätestens jedoch mit der Baubeginnsanzeige (7 Tage vorher) dem Fachbereich Bau 1, Tiefbau vorzulegen.

Sollte dies nicht erfolgen ist die Genehmigungsbehörde, hier Gemeinde Mainhausen, Ordnungsbehörde sowie der Fachbereich Bau 1, Tiefbau berechtigt die Baumaßnahme einzustellen, die Kosten trägt im vollen Umfang der Verursacher.

=====

Bitte Bauvorhaben hier eintragen:

PLZ, Ort oder Ortsteil:

Straße und Haus Nr.:

Art der Bautätigkeiten/kurze Beschreibung:

=====

Der Antragssteller, Konzessionsträger, die ausführende Baufirma, privater Bauherr, beteiligte Dritte, usw. erkennen durch Ihrer Unterschrift und Stempel das vor genannte im vollen Umfang an.

_____, den _____

_____, den _____

Antragssteller

beteiligte Dritte

_____, den _____

_____, den _____

Konzessionsträger- Ver-/Entsorgungsunternehmen

weitere beteiligte Dritte

_____, den _____

Mainhausen, den _____

Ausführende Baufirma

Privater Bauherr

=====

Interner Vermerk, nur zu weiteren Verwendung für die Gemeinde Mainhausen:

Eingang der Bestätigung am: _____ Entgegennahme durch: _____

Sachbearbeiter/ Überwachung Baumaßnahme: _____

Bearbeitungsnummer nur bei Neubau von Kanal- und Trinkwasserhausanschlussleitungen.

Bearbeitungsnummer: ____ / ____ / ____ / ____ / ____ / ____

Jahr / Monat / Tag / Lfd. Nr. / / SB.

Sonstiges: _____